

II—3561 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1812/J

1978-04-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Ermacora
und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend die Belgrader Nachfolgekonferenz

Die gefertigten Abgeordneten hatten am 2. März 1978 unter der Nr. 1715/J eine Anfrage an den Bundeskanzler gerichtet, über bestimmte Probleme der Belgrader Nachfolgekonferenz Auskunft zu erhalten. Die Anfrage wurde vor allem deshalb an den Bundeskanzler gerichtet, weil er durch seine Unterschrift unter die Helsinki-Erklärung und durch seine verschiedenen Kommentare nachher zu verstehen gegeben hat, daß er als Regierungschef ein besonderes Interesse an der Entspannung und jenen Dokumenten zeigt, die in Helsinki diese Entspannung dokumentieren sollten. Nun hat der Herr Bundeskanzler in einer Anfragebeantwortung unter dem 10. April 1978 mitgeteilt, daß er den Gegenstand der Anfrage, trotz seiner den Gegenstand betreffenden Erklärungen, nicht als in sein Ressort fallend ansieht, und den Gegenstand der Anfrage als zum Aufgabenbereich des Außenministers gehörig bezeichnet. Um diese Antwort zu geben, hat der

Herr Bundeskanzler mehr als ein Monat gebraucht. Das, obwohl die Anfrage einer Antwort noch vor dem Beginn der parlamentarischen Konferenz über die KSZE im Mai dieses Jahres erhoffte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie viele Sitzungen haben in Angelegenheit KSZE in Belgrad stattgefunden?
- 2) Welches sind die Belgrader Ergebnisse, die bei den einzelnen Abschnitten und Punkten der Helsinki-Deklaration, die von Österreich mitunterzeichnet ist, erzielt wurden?
- 3) Wird eine weitere Konferenz erwartet und, wenn ja, an welchem Ort?
- 4) Werden Sie dem Nationalrat bis spätestens vor Beginn der parlamentarischen Konferenz über die KSZE im Mai dieses Jahres, die in Wien stattfinden wird, einen umfassenden schriftlichen Bericht über die Belgradkonferenz vorlegen?
- 5) Haben Sie die österreichische Delegation zur Nachfolgekonferenz angewiesen, den menschenrechtlichen Interessen, die in der Helsinki-Deklaration ausgedrückt sind, nicht weiter nachzugehen?